

Elisabeth Motschmann
Newsletter
22. Februar 2019



**Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,
liebe Freundinnen und Freunde,**

der Bundestag debattierte heute erstmalig 45 Minuten lang einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Feministische Außenpolitik konsequent umsetzen – Gewalt und Diskriminierung überwinden, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte weltweit verwirklichen“, der anschließend zur federführenden Beratung in den Auswärtigen Ausschuss überwiesen werden soll. Prinzipiell ein guter Impuls. Denn wenn es um Krieg und Frieden geht, sitzen Frauen nur vereinzelt an den Verhandlungstischen. Außen- und Sicherheitspolitik ist international noch immer weitgehend eine Männerdomäne. Mit dieser Thematik habe ich mich nicht nur, wie viele wissen, in meinem Buch „[Female Diplomacy](#)“ beschäftigt. Natürlich habe ich die heutige Debatte genutzt, um auch im Plenum meine Meinung zu äußern.

Wieso die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Antrag dennoch ablehnt, wieso der [SPIEGEL](#) mich heute zur „Gewinnerin des Tages“ gekürt hat und was mich diese Woche noch beschäftigt hat, lesen Sie im Verlauf des Newsletters.

Herzliche Grüße
Ihre

Elisabeth Motschmann

Elisabeth Motschmann

Newsletter

Grüne legen Antrag zur Umsetzung feministischer Außenpolitik vor

Der Bundestag debattierte heute erstmalig 45 Minuten lang einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Feministische Außenpolitik konsequent umsetzen – Gewalt und Diskriminierung überwinden, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte weltweit verwirklichen“, der anschließend zur federführenden Beratung in den Auswärtigen Ausschuss überwiesen werden soll.

„Zu einem Grundprinzip der deutschen Außenpolitik erklären“

Die Grünen fordern die Regierung auf, das Prinzip einer feministischen Außenpolitik zu einem der Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik zu erklären und einen friedens-, sozial- und menschenrechtspolitischen Beitrag in der Welt zu leisten. Jede Art von diplomatischen Verhandlungen, die Planung und Durchführung von Projekten und das Engagement in multilateralen und supranationalen Organisationen müssten darauf ausgerichtet sein, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.

Innerhalb der Europäischen Union solle die Regierung Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit für die Argumente einer feministischen Ausrichtung internationaler Politik leisten. Darüber hinaus wird verlangt, einen ressortübergreifenden „Gender Equality Plan“ mit überprüfbaren Zielen zu entwickeln und umzusetzen. Im Rahmen eines Handbuchs für feministische Außenpolitik solle ausformuliert werden, welche Ministerien welche Aufgaben übernehmen sollen, um das Ziel einer feministischen Außenpolitik zu erreichen.

Im Rahmen der Übernahme des Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/2020 solle sich die Regierung um eine präventive Sicherheitspolitik und einen Ausbau der zivilen Krisenprävention sowie um einen umfassenden Menschenrechtsschutz bemühen, heißt es in dem Antrag.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Meine Rede zum Antrag der der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Plenarrede zu feministischer Außenpolitik – am 22.2.2019

**Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

Als genau vor 100 Jahren Marie Juchacz als erste Frau eine Rede in der Weimarer Nationalversammlung hielt und mit den Worten begann: „Meine Herren und Damen“, löste das laut Protokoll: „Heiterkeit“ aus.

Heute - 100 Jahre später - reden wir über „Feministische Außenpolitik“ und wieder gibt es diese Heiterkeit. Die Männer sind damals wie heute doch sehr berechenbar.

Heiterkeit ist etwas Schönes. Aber es gibt auch eine abschätzig Heiterkeit.

Wir Frauen kennen das. Hinter dieser Heiterkeit verbirgt sich die Frage vieler – nicht aller - Männer: „Was soll das denn jetzt?“ oder „Habt ihr keine anderen Probleme?“ oder „Wie albern ist das denn?“

Übrigens ist diese Heiterkeit der Humus für Chauwi-Witze, die ich seit 40 Jahren kenne und einfach nur noch blöd finde.

Was ist bedeutet Feministische Außenpolitik eigentlich?

- 1. die Teilhabe von Frauen an der Außen- und Sicherheitspolitik und**
- 2. Den Schutz von Frauen und ihren Rechten in allen Regionen der Welt.**

Ich möchte mich heute auf den ersten Punkt, die Teilhabe konzentrieren; denn wenn mehr Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik agieren, ändert sich der Blickwinkel automatisch.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Forscher aus Berlin, Genf und Amsterdam haben Friedensverträge ausgewertet und festgestellt Frieden ist nachhaltiger, wenn Frauen mit am Verhandlungstisch gesessen haben. Außenpolitik ist in unserem Land und weltweit nach wie vor eine Männerdomäne. Das muss sich endlich ändern!

Wenn es um Krieg und Frieden geht, sitzen keine bzw. nur sehr wenige Frauen an den Verhandlungstischen. An dieser Stelle höre ich oft: „Was wollt ihr denn, ihr habt doch eine Bundeskanzlerin!“ Ja, die haben wir und sie ist außenpolitisch sehr erfolgreich. Angela Merkel warnt aber selbst: *„Aus der Tatsache, dass es mich gibt, darf kein Alibi werden.“*

Immer noch dominieren dunkle Herrenanzüge die Parlamente. Es ginge auch anders. Übrigens auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz dominierten diese „dunklen Herrenanzüge“, obgleich es einige Frauen mehr gab als sonst.

Auch das ginge anders.

Frauen **wollen** und Frauen **können** außenpolitisch tätig sein!
Und Frauen sind dafür ganz besonders geeignet. Wir sind gute Diplomaten, gute Brückenbauerinnen, nicht Konfrontation, sondern Ausgleich der verschiedenen Interessen ist unser Grundprinzip. Bestes Vorbild: Angela Merkel!

Auch unsere Bundesregierung geht mit gutem Beispiel voran. Ich möchte Ihnen nur kurz drei Beispiele nennen:

- 1. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Resolution 1325**
- 2. Die EU Task Force zu Frauen, Frieden und Sicherheit**
- 3. Die Unterstützung der Bundesregierung vom African Women Leaders' Network**

Der Antrag ist ein Weckruf. Das finde ich gut.
Mit 33 Forderungen auf 9 Seiten an die Bundesregierung und zahlreichen Unterpunkten überfrachten Sie das Thema jedoch und verzetteln sich.

Weniger ist mehr. Sie konzentrieren sich nicht auf das Wesentliche. Die Fraktion der Grünen hat zurzeit keine einzige Frau unter den ordentlichen Mitgliedern im Auswärtigen Ausschuss. Soviel zu Ihrer Feministischen Außenpolitik. Die Koalition lehnt diesen Antrag ab.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Gewinnerin des Tages

...so betitelte mich heute Morgen der SPIEGEL. Die zwei Landesvorsitzenden der Jungen Union von Hamburg und Schleswig Holstein (Antonia Haufler und Birte Glissmann) hatten kürzlich gegen die Quote argumentiert. Das gab mir den Anlass, beiden einen Brief zu schicken. Denn im Laufe meiner 40 Jährigen politischen Laufbahn hat sich meine Haltung gegenüber der Frauenquote verändert. Den vollständigen Brief finden Sie im Anhang des Newsletters.

Der Link zum SPIEGEL-Artikel: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/news-link-europa-wahlkampf-afd-alice-weidel-spenden-umweltschutz-a-1253863.html>

Gewinnerin des Tages...



... ist **Elisabeth Motschmann**, CDU-Abgeordnete und bekennende Feministin - eine Kombination, die so häufig ist wie Grünen-Abgeordnete und bekennende Tierquäler. Motschmann ist in vieler Hinsicht eine Spätberufene: Die Bremerin kam erst mit 61 Jahren erstmals in den Bundestag. Und in ihrer Frühphase von 43 Jahren CDU-Mitgliedschaft kämpfte sie noch gegen die Frauenquote und forderte, "nicht Chromosomen, sondern Leistung" sollten zählen.

Wie sehr Motschmann ihre Haltung verändert hat, zeigt ein Brief von ihr an zwei Funktionärinnen der Jungen Union, die kürzlich gegen die Quote argumentiert haben. "Als junge Frau habe ich genauso gedacht", schreibt Motschmann. Dann habe sie erkannt: "An den Schalthebeln der Macht sitzen meist Männer." Die Hindernisse und Ausreden seien heute dieselben wie damals. Frauen müssten zwar "energischer nach Macht streben" und "Selbstzweifel und Selbstkritik zurückstellen". Aber ohne juristische Schützenhilfe werde sich wenig ändern. "Ich bin überzeugt, dass es früher oder später ein Wahlrecht geben wird, das zur Parität führt", so Motschmann. Es sei doch "schlicht und ergreifend blamabel", dass in ihrer Fraktion nur 20 Prozent Frauen säßen. Die JU-Kolleginnen sollten kämpfen - damit Frauen "überhaupt die Chance erhalten, in Führungspositionen zu kommen". Man darf auf die Antwort gespannt sein.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Die sich trauen zu sagen, was alle denken

Unter diesem Titel ist heute in der WELT ein Artikel entstanden, der die Initiative im Bundestag, eine Gruppe der Senioren zu gründen, aufgreift.

Seit einigen Jahren wird immer wieder darüber gesprochen, ob sich die Fraktionsmitglieder, die über 60 Jahre alt sind, in Anlehnung an die „Junge Gruppe“ oder die „Gruppe der Frauen“ ebenfalls in einer soziologischen Gruppe zusammenschließen sollten. Die Senioren-Union und ihr Vorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff haben diesen Wunsch wiederholt an die Fraktionsführung herangetragen.

In der vergangenen Woche haben wir uns mit 12 Abgeordneten, die in der Senioren-Union der CDU und der CSU engagiert sind, zu einem Auftaktgespräch getroffen.

Jetzt wollen wir die Arbeit fortführen und uns mit allen Abgeordneten über 60 Jahre treffen. In einem solchen Zusammenschluss besteht die Möglichkeit, die politischen Herausforderungen für diese Bevölkerungsgruppe zu diskutieren und sie in die Arbeit der Fraktion einfließen zu lassen. Besonders im Hinblick auf den demographischen Wandel erscheint mir ein klarer Blick auf diese Wählergruppe immer wichtiger.

Den Schwerpunkt unserer Gespräche und Debatten wollen wir keinesfalls nur auf „Senioren-Themen“ beschränken. Vielmehr geht uns darum, aktuelle Themen aus einer „lebenseffahrenen“ Perspektive zu betrachten.

In einer ersten Gesprächsrunde mit allen Abgeordneten über 60 Jahre wollen wir die aktuelle politische Situation und kommende Themen mit dem Bundesvorsitzenden der Senioren-Union Prof. Dr. Otto Wulff diskutieren.

Der Link zu dem WELT-Artikel: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus189175701/60-in-der-Union-Die-sich-trauen-zu-sagen-was-alle-denken.html>

Elisabeth Motschmann Newsletter

Von Robin Alexander



"Elisabeth Motschmanns neue Truppe der Alten könnte tatsächlich das Fraktionsgefüge verändern", schreibt WELT-Autor Robin Alexander

Quelle: picture alliance / dpa/ Stephanie Pillick; Claudius Pflug

Zehn Unionsabgeordnete, alle über 60 Jahre alt, wollen eine eigene Gruppe gründen, um die Politik der Fraktion bestimmen zu können. Wenn die Alten einmal ins Rollen kommen, dürften sie kaum aufzuhalten sein. Eine Frage ist aber noch offen.

Unerwartetes tut sich in der Unionsfraktion. Die Alten rotten sich zusammen! Zehn Abgeordnete von CDU und CSU, die alle das 60. Lebensjahr überschritten haben, trafen sich am Dienstag heimlich im Reichstag. Sie wollen eine eigene Gruppe gründen, um gezielt die Politik der Fraktion bestimmen zu können.

Der Name der grauen Gang steht noch nicht fest: „Die alte Gruppe“ wurde ebenso verworfen wie „Die Alten“, noch im Rennen ist „Union 60+“ oder „Die Erfahrungsträger“. An einem Programm wird auch schon gebastelt: „Befreit von eigenen Karriereplanungen haben wir die Freiheit, Dinge zu sagen, die nicht im Mainstream liegen. Wir sind zu alt, um auf Political Correctness Rücksicht nehmen zu müssen und wollen CDU pur vertreten“, sagt Elisabeth Motschmann.

Elisabeth Motschmann Newsletter

21.2.2019

60+ in der Union: Die sich trauen zu sagen, was alle denken - WELT

Die 66-Jährige, die einst als Elisabeth Charlotte Baronesse von Düsterlohe geboren wurde, hat bürgerlich nach Bremen geheiratet, drei Kinder und acht Enkel und ist schon lange die große Dame der sehr kleinen CDU in der Hansestadt. Ihr Plan im Bundestag: Die Alten trauen sich zu sagen, was alle denken, ob das „warnende Worte zur Flüchtlingspolitik sind“ oder ein „großes Fragezeichen hinter Nordstream 2“. Eine reine Vereinigung der Konservativen wollen die „Erfahrungsträger“ aber nicht werden.

Kauder wollte keine „Fraktionierung“

Motschmann selbst ist immer für eine Überraschung gut. Neulich etwa schrieb sie den beiden (weiblichen) Vorsitzenden der Jungen Union von Hamburg und Schleswig-Holstein einen geharnischten vierseitigen Brief, weil die beiden jungen Christdemokratinnen keine Anhängerinnen von Frauenquoten

(</politik/deutschland/article187596692/Gleichberechtigung-Ist-die-FDP-reif-fuer-die-Frauenquote.html>) und einem Paritätsgesetz (</debatte/kommentare/plus188770597/Kristina-Schroeder-Paritaetsgesetz-verletzt-Wahlrechtsprinzipien.html>) sind: Solche Bedenken wolle sie nicht mehr hören, denn sie höre sie schon „seit 43 Jahren“.

Motschmanns neue Truppe der Alten könnte tatsächlich das Fraktionsgefüge verändern und war der Führung deshalb lange nicht geheuer. Der frühere Vorsitzende Volker Kauder verbat sich solche „Fraktionierung in der Fraktion“ sogar regelrecht. Sein Nachfolger Ralph Brinkhaus (</debatte/kommentare/article183618836/Ralph-Brinkhaus-Die-Menschen-wollen-von-Politikern-nichts-mehr-hoeren.html>) sieht das entspannter: Er ermuntert seine Abgeordneten sogar, nicht nur die Vorgaben der Regierung nachzubeten, sondern eigene Vorschläge einzubringen.

Wenn die Alten einmal ins Rollen kommen, dürften sie kaum aufzuhalten sein: 60 Anmeldungen hat Motschmann für das nächste Treffen gesammelt. Zum Vergleich: Die „Junge Gruppe“, in der Abgeordnete von CDU und CSU aktiv sind, die zu Beginn der Legislaturperiode unter 35 waren, hat gerade 15 Mitglieder.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Staatsbankett zu Ehren des lettischen Staatspräsidenten



Frank Walter Steinmeier und der lettische Staatspräsident Raimonds Vējonis im Schloss Bellevue - am 21.2.2019



Mit Frank Walter Steinmeier im Schloss Bellevue - am 21.2.2019

Elisabeth Motschmann Newsletter

Grund zur Freude. Die Bremer Filmproduktionsfirma Pinguin Studios wird für ihr inklusives Filmprojekt vom Bund gefördert

Ich freue mich sehr, dass durch die Förderung vom Bund, das inklusive Filmprojekt realisiert werden kann. Das Konzept bietet Potenzial, das Bewusstsein für das Thema Inklusion in Bremen zu schärfen. Es treibt den Prozess voran, Chancen, Möglichkeiten und Rechte von Menschen mit Behinderung zu stärken. Die Filmvorführung und anschließende Diskussionsrunde mit betroffenen Akteuren gibt Einblick hinter die Kulissen eines inklusiven Filmdrehs. Das ist eine gute Möglichkeit, exemplarisch zu vermitteln, wie Inklusion funktionieren kann. Nicht nur in meiner Funktion als CDU-Bundestagsabgeordnete für Bremen, auch als kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bin ich hoffnungsvoll, dass durch das Projekt Menschen mit Beeinträchtigung dazu ermutigt werden, sich im kulturellen Bereich auszuprobieren und künstlerische Beiträge zu leisten.

Deutschland darf niemals nur den eigenen Vorteil im Auge haben

So betitelte ich meinen Artikel zum Thema „Nord-Stream 2“, der am 17.2. im WESER-Kurier erschienen ist.

Deutsche Alleingänge in der Energiepolitik passen nicht zum multilateralen Anspruch, den wir stellen. Es muss immer um einen fairen Interessenausgleich gehen. Mein Beitrag zur Debatte um die Erdgas-Pipeline „Nord-Stream 2“:

Die Erdgas-Pipeline „Nord-Stream 2“, die Erdgas aus Russland direkt nach Deutschland und damit auch West-Europa transportieren soll, ist ohne Frage ein wichtiges wirtschaftspolitisches Projekt. Darüber hinaus ist es ein europapolitisch umstrittenes Projekt. Deshalb hat Brüssel durch Änderungen an der EU-Gasrichtlinie strengere Auflagen beschlossen. Aber auch nach diesem Kompromiss sind die sicherheitspolitischen Bedenken nicht ausgeräumt. Nord-Stream 2 spaltet Europa weiter.

Eine noch größere Abhängigkeit vom russischen Gas sehen die meisten europäischen – insbesondere die osteuropäischen – Länder kritisch. Die Pipeline würde die Ukraine schwächen – strategisch und wirtschaftlich. Auch die USA lehnen das Projekt ab. Sie sehen Putin als Gewinner und die Ukraine als Verlierer. Zum anderen möchten sie selbst Flüssiggas nach Europa liefern. Und letztendlich hat Deutschland eigentlich das Ziel, seine Energieversorgung breiter aufzufächern, um von einzelnen Staaten und Regionen unabhängiger und somit keinesfalls erpressbar zu werden.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Damit nicht genug: Auch innerhalb von Deutschland bleibt Nord-Stream 2 umstritten. Die einen sehen den wirtschaftlichen Vorteil und begrüßen die Annäherung an Russland. Andere Partner, wie beispielsweise die Baltischen Staaten und Polen, sehen das Projekt im Widerspruch zur Sanktionspolitik und sorgen sich um den Zusammenhalt in Europa.

Fakt ist: Wir geraten zunehmend unter Druck. Bisher hat die Bundesregierung die geplante Ostseepipeline als ein privat-wirtschaftliches Projekt vorangetrieben. Ein Projekt dieser Größe hat aber niemals nur eine ökonomische, sondern immer auch eine geopolitische Dimension. Ein Projekt, an dem Russland, die USA und die staatlich fragile Ukraine Anteil haben, muss sicherheitspolitisch betrachtet werden – mit allen Aspekten und Auswirkungen. Jeder beteiligte Staat hat eigene Interessen.

Deutschland muss zunehmend Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen. Das ist gut so. Doch wir dürfen niemals nur den eigenen Vorteil im Auge haben, sondern müssen die unterschiedlichen Interessen bei allen Entscheidungen berücksichtigen.

In Fragen der Migrationspolitik und der Aufnahme von Flüchtlingen fordern wir stets die Solidarität unserer Partner in Europa ein. Deutsche Alleingänge in der Energiepolitik passen nicht zum multilateralen Anspruch, den wir selbst stellen. Es muss immer um einen fairen Interessenausgleich gehen. Ob der Kompromiss im Zusammenhang mit Nord-Stream 2 diesem Anspruch gerecht wird, muss sich zeigen.

Online Nachzulesen unter: https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-deutschland-darf-niemals-nur-den-eigenen-vorteil-im-auge-haben-_arid,1807606.html?fbclid=IwAR1qvspEMMYt-L8vKrgzMq6-wiN_wFOfR3JlcQyPSCj9fIUu-CIG5jMejc8

Elisabeth Motschmann Newsletter

18. Filmpolitischer Empfang der Jungen Union



Im Rahmen der Berlinale fand am 15. Februar der 18. Filmpolitische Empfang der Jungen Union Deutschlands statt.

Neben Monika Grütters sprach u.a. auch Kerstin Schmidtbauer, Produzentin bei Constantin Film AG. Martin Moszkowicz, Filmproduzent und Vorsitzender des Vorstandes der Constantin Film AG, brachte drei Trailer mit, die während des Empfangs gezeigt wurden.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Traditionelles FFA-Berlinale-Dinner



Neues Filmprojekt? Veronica Ferres (re.) und Palina Rojinski



Frank Volkeri (FFA) mit European Shooting Star 2019 Emma Drogunova



Prosit, deutscher Film! Maren Kroymann („Der Junge muss an die frische Luft“) und Detlev Buck („Wulf“)



Kulturstaatsministerin Monika Grütters (re.) mit Maria Furtwängler (li.) und Katrin Budde, MdB (Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien)



Christine Berg (M., FFA) mit Gitta Connemann MdB (re., Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Elisabeth Motschmann, MdB (Kultur- und Medienausschuss)



„Bandits“-Fans: Rainer Rother (Leiter der Berlinale-Retrospektive) und Regisseurin Katja von Garnier



Karola Wille (re., Stellv. Vorsitzende FFA-Verwaltungsrat) mit Produzentin Tanja Ziegler und Johannes Kreile (Vorsitzender des FFA-Richtlinienausschusses)

8/2019 filmecho | filmwoche 19

Berlinale-Dinner der FFA in der Zeitschrift „filmecho | filmwoche“ – am 13.2.2019

In der letzten Woche fand über den Dächern des Gendarmenmarkts das traditionelle FFA-Berlinale-Dinner statt. FFA steht für Filmförderungsanstalt. Hier trafen sich Teams der FFA-geförderten Berlinale-Filme und der erfolgreichsten deutschen Filme 2018, Repräsentanten aus Filmwirtschaft und Politik und Mitglieder des FFA-Verwaltungsrats.

Ihr Präsident Bernd Neumann betonte in seiner Begrüßungsrede, dass es bei der Filmförderung der FFA um den Kinofilm gehe: „Kino ist Kino – und eben nicht Video-on-Demand und auch nicht Fernsehen, so wichtig beide auch sein mögen.“ Mit Blick auf die im Vorjahr deutlich gesunkenen Besucherzahlen und ein drohendes Kinosterben erklärte er: „Staatliche Hilfe ist unerlässlich. Deshalb ist das ‚Zukunftsprogramm Kino‘ im Koalitionsvertrag entscheidend“.